

Gusenbauer: Wählen ab 16 bringt mehr Schwung in der Jugendpolitik

Utl.: Burgstaller und Gusenbauer für mehr jüngere VolksvertreterInnen =

Salzburg (SK) - "In 20 Jahren wird sich niemand mehr vorstellen können, dass man nicht mit 16 wählen darf", erklärte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer anlässlich des Salzburg-Tages seiner Österreich-Tour, den er gemeinsam mit der Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller absolvierte. Sowohl Gusenbauer als auch Burgstaller betonten, dass die Politik durch die Senkung des Wahlalters verstärkt auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen wird. ****

Beim Besuch der Hauptschule Lehen mit ihren 260 SchülerInnen hatte sich der Bundeskanzler gemeinsam mit Landeshauptfrau Burgstaller den Fragen der Schülerinnen gestellt.

"Für mich ist Wählen mit 16 wichtig. In der Politik werden Entscheidungen getroffen, die sehr langfristig wirken; oft sogar über Jahrzehnte hinweg, etwa bei den Pensionen oder im Umwelt- und Klimaschutz", erläuterte Gusenbauer. Diese langfristigen Entscheidungen sollten möglichst von den Betroffenen selbst bestimmt werden. Das Gesamtpaket Demokratiereform und Wahlrechtsreform liege jetzt im Parlament und werde noch vor dem Sommer beschlossen werden.

Positive Erfahrung mit "Wählen ab 16" habe man in Salzburg gemacht, äußerte dazu Gabi Burgstaller. Die ÖVP sei lange Zeit dagegen aufgetreten, teilweise mit Argumenten, wie sie vor 100 Jahren gegen die Einführung des Frauenwahlrechts ins Spiel gebracht wurden. In Salzburg, so Burgstaller, habe sich gezeigt, dass nach der Senkung des Wahlalters in vielen Gemeinden mehr für die Jugendlichen getan wurde - wo es früher nicht viel mehr Angebote als Landgasthäuser gegeben habe, würden heute Sportanlagen und andere Freizeiteinrichtungen geschaffen. Notwendig sei es aber, so Burgstaller, dass junge Menschen auch politisch tätig werden und mit 19, 20 Jahren in die Gemeinderäte oder auch in das Parlament einziehen können. In dieselbe Kerbe schlug Gusenbauer: "Es muss auch jüngere KandidatInnen geben, damit sich jüngere Menschen mit den Politikern identifizieren können."

Zwtl.: In den Schulen muss über Demokratie und Politik gesprochen werden

In den Schulen, erklärte Gusenbauer, müsse vermehrt über Demokratie und Politik gesprochen werden. Wichtig sei, dass sich die Jugend an der politischen Diskussion beteiligt. Politische Bildung für alle Schulabgänger sei Teil des öffentlichen Bildungsauftrages. "Aber auch die Medien müssen diese wichtige Rolle übernehmen und auf die Zielgruppe der Jugend eingehen", so der Bundeskanzler. Allerdings müssten auch die Politikerin einer verständlichen Sprache sprechen: "Die Politik soll nicht über die Menschen reden, sondern mit den Menschen", so der Bundeskanzler.

Abschließend überreichten die SchülerInnen Alfred Gusenbauer eine Box mit den Fragen, die sie dem Bundeskanzler gestellt hatten - symbolisch für die Nüsse, die er in der Politik zu knacken habe.
(Schluss) gd

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275,
Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0237 2007-05-25/14:01

251401 Mai 07

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070525_OTS0237